Demokratie ohne Langzeitarbeitslose



Den Abgehängten eine Stimme geben und sie beteiligen. Langzeitarbeitslose erforschen Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler.

Martin Tertelmann und Friedrich Kern

"Ja, warum ich nicht mehr wählen gegangen bin, weil ich dieses Gefühl hatte,

durch meine Stimme wird sich eh nie was ändern. [...] Die entscheiden sowieso über unseren Kopf hinweg. [...] Wahlen heutzutage (...) sind aussichtslos, sinnlos." –

"ES FEHLT DEN POLITIKERN EINFACH AN VOLKSNÄHE. Die wirtschaften eigentlich nur in die eigene Tasche, in dem Sinne. Die kennen die Probleme im Endeffekt gar nicht, die ein Langzeitarbeitsloser hat, oder die jemand hat, der von

heute auf morgen im Endeffekt arbeitsunfähig ist." Zwei Statements, die für viele andere stehen, für viele andere langzeitarbeitslose Nichtwählerinnen und Nichtwählern, die in der Studie "Gib mir was, was ich wählen kann. Demokratie ohne Langzeitarbeitslose." zu Wort kommen. Herausgegeben wurde die Studie von der Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, die zum Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH gehört, in Kooperation mit dem Evangelischen Fachverband für Arbeit und Soziale Integration e.V. (EFAS).

Das Forscherteam.



Die wissenschaftliche Begleitung erfolgt durch renommierten den Soziologen Prof. Dr. Schultheis von der Universität Gallen. Schon seit ihrer Gründung 2012 beschäftigt sich die Denkfabrik mit der sozialen Spaltung der Gesellschaft. Bei einer Veranstaltung 2016 mit Kommunalpolitiker*innen in der Stuttgarter Vesperkirche wurde klar, dass es auch bei der politischen Beteiligung eine soziale Kluft gibt und dass ein tiefer Graben zwischen Menschen aus prekären Schichten und politischen Vertretern besteht. Dies war der Anstoß, das Thema



Einige langzeitarbeitslose Nichtwähler drückten ihre Position auch in Kunstwerken aus. "Ihnen blieb keine Wahl" nennen Manuela Bopp und Rolf Rieger ihr Bild.



Prof. Dr. Franz Schultheis, Universität St. Gallen hat die Studie wissenschaftlich begleitet

zu erforschen.
Betrachtet man die Nichtwählerforschung mit Blick auf die prekären Schichten, gibt es einen eindeutigen Befund: Menschen aus Stadtteilen mit höherer Arbeitslosigkeit, niedrigerem Einkommen und niedrigerem Bildungsstand wählen seltener als Menschen aus

Stadtteilen mit höherem Einkommen, höherem Bildungsstand und niedrigerer Arbeitslosigkeit. "Je prekärer die Lebensverhältnisse in einem Stadtviertel oder Stimmbezirk, desto geringer ist die Wahlbeteiligung [...]. Unsere Wahlergebnisse sind, gemessen an der Sozialstruktur der Wählerschaft, nicht mehr repräsentativ", so der Wahlforscher Armin Schäfer. Diese Ergebnisse werden seit Jahren immer wieder bestätigt. Was bisher fehlte, war eine qualitative Erforschung des Problems. Hier setzt die Studie an. Sie fragt nach den Motiven langzeitarbeitsloser Nichtwähler und schließt damit eine Forschungslücke.

In einem Workshop mit Wissenschaftlern und Betroffenen wurden Leitfaden und Fragen für die Interviews erarbeitet.



Städte, in denen Interviews geführt wurden.



Gespräche auf Augenhöhe

Wichtig war den Organisatoren, langzeitarbeitslose Menschen durchgängig mit einzubeziehen. Deshalb führten Langzeitarbeitslose oder ehemals Langzeitarbeitslose die Interviews. Mit dieser Methode, die auf den Soziologen Pierre Bourdieu zurückgeht, ist gewährleistet, dass die Gespräche auf Augenhöhe stattfinden und die Betroffenen authentisch berichten. "Mir wurde direkt am Anfang das Du angeboten, auch die gemeinsame Erfahrung mit der Langzeitarbeitslosigkeit und des Berufes hat positiv dazu beigetragen, dass man sich von Anfang an gut verstanden hat. Ich denke, wenn ein Soziologe oder jemand anderes das Interview geführt hätte, der von den "Oberen 10.000" gekommen wäre, dann wäre das Interview nicht so gut gelaufen", so die Erfahrung eines Interviewers. Viele der Befragten reagierten positiv, dass ihnen jemand über längere Zeit zuhört. Sie hoffen, dass ihre Meinung so auch von Politiker*innen gehört wird.

Nicht nur bei den Interviews selbst, auch beim Erstellen der Fragen und des Leitfadens sowie bei der Auswertung waren (ehemals) langzeitarbeitslose Menschen beteiligt, sie stellen die Studie auch bei verschiedenen Veranstaltungen mit vor. Insgesamt wurden 70 Interviews in ganz Deutschland geführt. Für die Veröffentlichung der jetzt vorgelegten Vorstudie wurden zudem acht Interviews mit Hilfe soziologischer Rahmungen genauer ausgewertet, so konnten Motive und Lebenssituationen detailliert herausgearbeitet werden. An den soziologischen Rahmungen waren Wissenschaftler und Langzeitarbeitslose beteiligt. So wird gewährleistet, dass die Rahmung nicht von einer Sichtweise dominiert wird und die Belange der Langzeitarbeitslosen immer einfließen konnten.

Die Langzeitarbeitslosen wollen ernstgenommen werden – und mehr soziale Gerechtigkeit.

Die Ergebnisse zeigen, dass aus Sicht der Interviewten keine Kommunikation mehr mit den Politiker*innen besteht. Aussagen wie "Die hören nicht zu" oder "Wir haben nichts zu sagen" finden sich durchgängig. Kritisiert wird auch, dass Wahlversprechen nicht eingehalten werden und die Realität schöngeredet wird. Mit Aussagen wie "Die machen sowieso, was sie wollen." wird häufig die Wahlenthaltung begründet. Kritisiert werden fehlende soziale Gerechtigkeit und sinnlose Maßnahmen. In Forderungen gewendet bedeutet dies: die Interviewten wünschen sich wahr- und ernstgenommen zu werden, mehr individuelle Unterstützung und mehr soziale Gerechtigkeit, etwa eine ausreichende und sichere Rente.

Prof. Dr. Franz Schultheis hat fünf Grundmotive des Nicht-Wählens, die sich aus der Studie ergeben, identifiziert und zusammengefasst:

Nicht-Wählen als "Wahl" eigener Art und Botschaft an die Demokratie und ihre Institutionen und Akteure (aktive Wahl-Passivität). Das Vertrauen in die Politik fehlt. Die Politiker "leben in ihrer eigenen Welt". "Warum soll ich das noch mit meiner Stimme legitimieren?"

Nicht-zur-Wahl-Gehen als Ausdruck eines verlorenen Glaubens an Sinn und Regeln der Demokratie. Viele fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Die Politiker "[...] könnten, aber sie wollen nicht."

Nicht-Wählen als Ausdruck eines Selbstverhältnisses sozialer Ausgrenzung, Stigmatisierung und Marginalität. Die Politik ist mitverantwortlich für die Ausgrenzung. "Man ist ein Mensch zweiter Klasse". Zudem fehlt die Kommunikation zwischen Politik und Langzeitarbeitslosen.

Nicht-Wählen als Ausdruck eines Gefühls der **Zwecklosigkeit** des Wählens: Weil "die da oben" ohnehin "machen, was sie wollen." Versprechen, die vor der Wahl gemacht werden, werden nicht eingehalten. "Gewählt ist gewählt, jetzt könnt ihr nichts mehr machen."

Nicht-Wählen als Ausdruck eines Gefühls, dass eigentlich gar nichts zu "wählen" ist und alle Parteien gleich "korrupte" Lobbies für die Mächtigen und Reichen sind. Es fehlt an "sozialer Gerechtigkeit".

Entgegen mancher Erwartung waren fast alle Interviewten politisch interessiert, informieren sich regelmäßig und sind in ihren politischen Haltungen differenziert. Einen besonderen Hang zu AfD ergaben die Interviews nicht.

Im August 2017 erschienen die Ergebnisse der Studie als Buch. Es wurde vielfach in der Öffentlichkeit vorgestellt. Zudem wurden 1800 Bundestagskandidaten*innen vom EFAS angeschrieben und zahlreiche Gespräche mit Politikern geführt. Dabei zeigte sich, dass auch von Seiten der Politik ein Interesse an mehr Kommunikation besteht, gleichzeitig aber eine gewisse Ratlosigkeit herrscht, weil die üblichen Angebote – etwa Bürgersprechstunden – die Zielgruppe nicht erreichen.

Deswegen ist geplant, jetzt Praxisbeispiele zu entwickeln, mit denen langzeitarbeitslose Nichtwähler wieder für demokratische Teilhabe gewonnen werden können. Zudem sollen in einem zweiten Buch die Reaktionen aus Politik, Medien und Öffentlichkeit untersucht werden.

Unsere Autoren Martin Tertelmann und Friedrich Kern

Martin Tertelmann ist Leiter der Denkfabrik-Forum für Menschen am Rande, Sozialuntenehmen Neue Arbeit Stuttgart.

Friedrich Kern ist Mitarbeiter im Denkfabrik-Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen Neue Arbeit Stuttgart.



Das Buch "Gib mir was, was ich wählen kann. Demokratie ohne Langzeitarbeitslose." ist im Herbert von Halem Verlag erschienen.

Information zur Studie gibt es unter:

www.studie-nichtwaehler.de

Die Herausgeber der Studie haben eine Resolution verfasst. Darin werden Bundestag und Bundesregierung unter anderem aufgefordert, die Sorgen und Probleme der Betroffenen ernst zu nehmen, ihre Lebensleistung anzuerkennen und die Grundsicherung so auszubauen, dass sie tat-

sächlich gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe ermöglicht. Gefordert werden außerdem ein ausreichender Lohn, individuelle Unterstützungsangebote sowie eine sichere und ausreichende Rente.

http://neuearbeit.de/downloads/resolution-6-11.pdf

"Deutschland hat gewählt. Die Armen nicht." Im Stuttgarter Hospitalhof war eine der vielen Veranstaltungen, die die Ergebnisse der Studie aufgriff.

